



Innenausschuss

23. Sitzung (öffentlich)

10. Oktober 2013

Düsseldorf – Haus des Landtags

11:40 Uhr bis 13:05 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Marion Schmieder

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

5

Der Vorschlag der Obleuterunde, dass die Anhörung nicht mehr stattfindet, wird mit den Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP gegen die Stimmen der Piraten angenommen.

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

6

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3800
Vorlage 16/1165

Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres und Kommunales

- Einbringung durch den Minister für Inneres und Kommunales
- Einzelberatungen

2 Realistische Erfassung von Sicherheitsproblemen – Reform der Datenerfassung und -auswertung der Zentralen Informationsstelle Sparteinsätze (ZIS) 24

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/3438

Der Ausschuss beschließt die Durchführung eines Expertengesprächs zu diesem Thema; Einzelheiten hierzu werden im Obleutegespräch geklärt.

3 Aus- und Fortbildung der Polizei zum Thema Rechtsextremismus (TOP beantragt von den GRÜNEN; siehe Anlage) 26

Vorlage 16/1098

4 Verfolgungsjagd in Krefeld (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage) 31

- Vorlage 16/1216
- Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss beschließt die Vertagung dieses Punktes auf die Sondersitzung am 21. November 2013 in der Zeit ab 11:30 Uhr.

5 Abschaffung der Störerhaftung 32

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/2284
APr 16/288

- Abschließende Beratung zur Abgabe eines Votums an den federführenden Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk

Der Ausschuss beschließt die Vertagung dieses Punktes auf die Sondersitzung am 21. November 2013 in der Zeit ab 11:30 Uhr.

6 Veranlasser des Polizeieinsatzes beim Champions-League-Spiel FC Schalke 04 – PAOK Saloniki zur Beseitigung einer Fahne im Schalke-Block muss benannt werden (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage) **33**

- Vorlage 16/1194
- Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss beschließt die Vertagung dieses Punktes auf die Sondersitzung am 21. November 2013 in der Zeit ab 11:30 Uhr.

7 Planungsstand bezüglich neuer Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage) **34**

in Verbindung mit

Aktuelle Situation in den Aufnahmeeinrichtungen (TOP beantragt von der Piratenfraktion; siehe Anlage)

- Vorlage 16/1222
- Vorlage 16/1101
- Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss beschließt die Vertagung dieses Punktes auf die Sondersitzung am 21. November 2013 in der Zeit ab 11:30 Uhr.

8 Werbeclips für die Polizeiausbildung: Gut gemeint, doch schlecht gemacht – wird die Polizei nur noch verlacht? (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage) **35**

- Bericht der Landesregierung

Der Ausschuss beschließt die Vertagung dieses Punktes auf die Sondersitzung am 21. November 2013 in der Zeit ab 11:30 Uhr.

9 Verschiedenes**36**

Die nächste Ausschusssitzung findet am 7. November 2013 um 10 Uhr statt. Inhalt ist die Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Korruptionsbekämpfungsgesetzes (Drucksache 16/3334). – Im Anschluss daran erfolgt die reguläre Sitzung mit dem Schwerpunkt „Abschluss der Haushaltsberatung zum Entwurf des Einzelplans 03“ sowie der Abstimmung zur Abgabe eines Votums an den federführenden HFA.

* * *

1 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3800
Vorlage 16/1165

Einzelplan 03 – Ministerium für Inneres und Kommunales

- Einbringung durch den Minister für Inneres und Kommunales
- Einzelberatungen

Vorsitzender Daniel Sieveke: Im Hinblick auf den engen Beratungsfahrplan des federführenden Haushalts- und Finanzausschusses ist heute vereinbarungsgemäß sowohl die Einbringung durch den Minister als auch die Einzelberatung vorgesehen. Die abschließende Beratung und Abstimmung müsste in der nächsten Sitzung am 7. November 2013 zur rechtzeitigen Abgabe des Votums an den HFA erfolgen.

Zur Einführung in den Etat des Einzelplans 03 erhält zunächst ...

(Zurufe: ... der Minister das Wort? – Wo ist er denn, der Herr Minister?)

... erhalten zunächst Vertreter des Ministeriums das Wort.

Dr. Robert Orth (FDP): Ich erlaube mir, die Frage zu stellen: Wo ist eigentlich der Herr Minister? Wir haben eine Innenausschusssitzung, zu der schon lange eingeladen worden ist. Es geht um den Haushalt, also um eine sehr wichtige Angelegenheit. Ich erwarte, dass der Minister selber den Haushalt einbringt. Daher beantrage ich, diesen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung abzusetzen, denn ich bin nicht bereit, diesen Punkt ohne den Minister zu beraten.

Vorsitzender Daniel Sieveke: Uns liegt keine Information vor, warum der Minister noch nicht da ist. Wir haben zwei Möglichkeiten: Sie können den Minister mehrheitlich herbeizitiern, oder Sie können – dieser weitergehende Antrag ist gerade schon gestellt worden –, ...

Thomas Stotko (SPD): Der Minister kommt zur Tür rein!

Vorsitzender Daniel Sieveke: Der Minister kommt zur Tür rein?

Thomas Stotko (SPD): Zur Zwischentür an der Terrasse. Wenn Sie wollen, können wir ihn jetzt ja auch zitieren.

(Unruhe – Der Minister betritt den Saal)

Vorsitzender Daniel Sieveke: Nach einigen Irrungen und Wirrungen können wir nun im Tagesordnungspunkt 1 fortfahren. Zunächst erhält der Minister das Wort.

Minister Ralf Jäger (MIK): Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Einzelplan für das Ministerium für Inneres und Kommunales erhöht sich im Haushaltsentwurf 2014 um 202 Millionen € und liegt damit knapp über 5 Milliarden €. Im Einzelnen entfallen 131 Millionen € dieser Steigerungen auf Personalausgaben und 71 Millionen € auf den Sachhaushalt. Insgesamt ist es ein sehr personalintensiver Sachhaushalt mit rund 3,8 Milliarden € Volumen.

Das Weitere – so mein Vorschlag, Herr Ausschussvorsitzender – trägt die Haushaltsbeauftragte meines Hauses nun vor.

MR Ursula Steinhauer (MIK): Mein Name ist Ursula Steinhauer. Ich bin Beauftragte des Haushalts im Ministerium für Inneres und Kommunales.

Zu den Eckpunkten des Haushalts. Ihnen liegt der Erläuterungsbericht vor. Ich möchte Sie gerne auf verschiedene Punkte aufmerksam machen, die uns besonders wichtig sind. Herr Minister sagte schon: Wir haben ein personalintensives Ressort; daher kommt es bei den Personalausgaben auch zu einer Steigerung um 131 Millionen €. Dies ist insbesondere auf die Besoldungs- und Tariferhöhung zurückzuführen.

Nun ist die Besoldungs- und Tariferhöhung nicht auf den gesamten Bereich umgesetzt worden, wie Sie wissen. Insofern ist die Erhöhung nicht so groß, wie man es sonst erwartet hätte. Gleichwohl gilt: Wirft man einen Blick in den Haushaltsplan und vergleicht die Ansätze 2013 mit den Ansätzen 2014, bekommt man einen gewissen Schreck, weil die Besoldungs- und Tariferhöhung scheinbar so viel ausmacht. Tatsächlich aber ist im Ansatz 2013 die Besoldungs- und Tariferhöhung noch nicht enthalten. Sie ist erst in dem Ansatz 2014 enthalten. So erklärt sich der größere Umfang der Ansatzsteigerung.

Es gibt auch Veränderungen im Stellenbestand. Gegenüber 2013 haben wir unter dem Strich 169 Planstellen und Stellen mehr; das sind insgesamt 271 neue Stellen. Demgegenüber sind aber auch 102 Stellen entfallen. Was verbirgt sich hinter den 169 neuen Stellen? Hier möchte ich insbesondere auf den Bereich „Polizei“ hinweisen. Für die Polizei sind 160 neue Planstellen ausgebracht.

Das hängt damit zusammen, dass wir im September immer die Anwärterinnen und Anwärter anstellen müssen, die die Ausbildung abgeschlossen haben. Dafür brauchen wir entsprechende Stellen. Jahr für Jahr wird ausgerechnet, in welchem Umfang das erforderlich ist. Für 2014 sind es eben 160 Stellen, um die Anwärterinnen und Anwärter nach der Ausbildung übernehmen zu können.

Weil man aber davon ausgeht, dass dieser Umfang von insgesamt 160 Stellen in dem großen Topf der Polizei eigentlich über die nächsten Jahre aufgefangen werden müsste, sind diese Stellen zum Ende des Jahres schon wieder kw gestellt; sie kom-

men also sozusagen in den Haushalt hinein und werden auch direkt wieder herausgenommen. Dieses Prozedere wiederholt sich jedes Jahr.

Bei den Bezirksregierungen sind 53 neue Stellen für verschiedene Fachaufgaben geschaffen worden. Es war ein schwieriger Prozess, herauszufinden, für welche neuen Aufgaben tatsächlich Personal erforderlich ist. Hierzu gehörten beispielsweise die Bereiche Marktüberwachung, Planfeststellungsverfahren, EnLAG, die Bearbeitung des Betreuungsgeldes oder das Geldwäschegesetz.

Wie auch in den vergangenen Jahren haben wir 16 befristete Stellen, um schwerbehinderte Menschen mit einer Qualifizierung zur Verwaltungsfachangestellten einzustellen. Diese Menschen erfahren eine besondere Ausbildung und werden später auf anderen Stellen übernommen.

Zum Nachwuchs. Wichtig ist natürlich auch, dass wir neue Kräfte einstellen. Jedes Jahr wird geprüft, wie viele Leute in den Ruhestand gehen, um entsprechend dem tatsächlichen Bedarf wieder neue Einstellungen von Fachleuten zu ermöglichen. Für das Jahr 2014 gibt es insgesamt 1.857 Einstellungsermächtigungen für besondere Berufe und Ausbildungsgänge, zum Beispiel Bergwerksreferendare oder Personal für Vermessungsbereiche. In der Bezirksregierung gibt es eine große Anzahl von sehr unterschiedlichen Aufgaben.

Über den Bedarf hinaus ist für das Jahr 2014 vorgesehen, auch für den Verwaltungsdienst 35 zusätzliche Einstellungsermächtigungen auszubringen, also ein sogenannter Einstellungskorridor. Insbesondere bei den Bezirksregierungen konnten wir nämlich feststellen, dass es dort immer wieder zu unvorhergesehen Abgängen kommt.

Das sind nicht nur die berechneten Altersabgänge, die sonst immer bei den Einstellungsermächtigungen berücksichtigt werden, sondern das betrifft eine Vielzahl von Abwanderungen, zum Beispiel an andere Ressorts, an die Kommunen oder wohin auch immer. Dies wurde bislang in der Betrachtung nicht weiter berücksichtigt. Hierfür ist ein Einstellungskorridor für 20 Verwaltungskräfte im gehobenen Dienst und 15 Verwaltungskräfte im mittleren Dienst erforderlich.

Für den Bereich der Polizei ist eine Einstellungsermächtigung von 1.500 Kommissarinnen und Kommissaren vorgesehen. Sie wissen aus der Diskussion der letzten Jahre, dass wir bislang 1.400 Personen eingestellt haben. Wir haben dann aber festgestellt – dies wurde insbesondere seitens Polizei und Gewerkschaft immer wieder deutlich gemacht –: Nicht alle 1.400 Personen kommen hinterher bei den Polizeibehörden an, weil im Laufe der Ausbildung möglicherweise einige abspringen, weil sie krank werden oder weil sie die Ausbildung einfach nicht schaffen.

Um sicherzustellen, dass die dringend benötigten 1.400 Kommissarinnen und Kommissare tatsächlich in den Polizeibehörden ankommen, ist es erforderlich, dass die Einstellungsermächtigung wieder 1.500 Personen umfasst. Gegengerechnet wird mit der Anzahl, die vor drei Jahren die Ausbildung nicht abschließen konnte, sozusagen der „Schwund“. Dies wird dann 2014 bei der Einstellungsermächtigung zusätzlich berücksichtigt. Diese Maßnahme führt sicherlich zu einer gewissen Beruhigung in den Kreispolizeibehörden vor Ort.

Ich komme zum Sachhaushalt. Im Einzelplan unseres Sachhaushaltes sind 1,2 Milliarden € veranschlagt. Das ist im Großen und Ganzen das Geld, das für das laufende Geschäft benötigt wird. Davon entfallen 580 Millionen € alleine schon auf den „normalen“ Sachhaushalt der Polizei, um eine gut ausgerüstete und jederzeit funktionsfähige Polizei vorhalten zu können.

Welche wesentlichen Veränderungen gibt es sonst im Sachhaushalt? Es gibt dort Bereiche, die heraufgehen, und Bereiche, die heruntergehen. Zunächst zu dem, was wegfällt: Wir haben 26 Millionen € weniger als im Jahr 2013, und zwar wegen des Wegfalls von Beschaffungskosten für Funkstreifenwagen. Das war ein großes Paket, das da 2013 anstand.

Ebenso fällt der Posten „Einnahmefinanzierte Kosten der Bundestagswahl“ weg. Wir haben weniger Renten nach dem Bundesentschädigungsgesetz, weil eben viele Betroffene verstorben sind. Die Globale Minderausgabe erhöht sich um 3,56 Millionen €.

Demgegenüber gibt es aber auch Steigerungen. Hervorzuheben ist insbesondere die erhöhte Fallzahl im Asylkapitel, das in verschiedenen Titeln dazu führt, dass sich der Bereich „Asyl“ insgesamt auf 66,8 Millionen € erhöht.

Zusätzlich kommt bei der Polizei die erste Rate für die Polizeihubschrauber hinzu; das macht 16 Millionen € aus, weiterhin die Europawahl oder der Bauabschnitt Hünxe. Das sind jedoch nur einige Ausschnitte, wo sich der Sachhaushalt erhöht.

Solch ein Einzelplan liest sich immer ein wenig beschwerlich. In den vergangenen Jahren haben wir Ihnen angeboten, zusätzlich zu dem Erläuterungsband auch eine komprimierte Fassung zur Verfügung zu stellen. Das bieten wir Ihnen in diesem Jahr, falls es gewünscht ist, auch gerne wieder an.

Dr. Robert Orth (FDP): Herr Minister, ich muss sagen: Ich habe es in diesem Landtag seit dem Jahr 2000 noch nicht einmal erlebt, dass ein Minister den Haushalt nicht selber einbringt – nicht einmal. Ich empfinde es eigentlich als eine Missachtung des Parlaments, wenn Sie zum einen zu spät kommen und zum anderen, wenn Sie dann da sind, die Einbringung des Haushalts direkt an die Haushaltsreferentin abgeben.

Bei der Einbringung des Haushalts geht es um die Frage, welche Schwerpunkte Sie im kommenden Jahr in der Innenpolitik setzen. Das ist eine hochpolitische Angelegenheit und nicht nur das bloße Verlesen von Zahlen und das mathematische Nachvollziehen von Gegebenheiten.

Ich habe vor diesem Hintergrund keine Neigung, heute zu diesem Haushalt in der Sache zu sprechen.

(Lachen von der SPD – Zuruf: Ihnen fällt dazu nur nichts ein!)

– Nein, ich finde es einfach eine Unverschämtheit. Ich bitte darum, zukünftig das Parlament auch wieder ernst zu nehmen. Wir kommen hier zusammen, und Ihnen ist das lästig, weil Sie dadurch keine Zeit haben, um sich mit dem Blitzmarathon abbilden zu lassen. Dass geht nicht an! Wir haben die Erwartung, dass die Landesregierung sich hier entsprechend einlässt. – Herzlichen Dank.

Theo Kruse (CDU): Die Kritik unseres Kollegen Orth unterstützend, möchte ich in Erinnerung rufen, dass gestern vor 14 Tagen bei der Einbringung des Haushalts und bei der Aussprache über den Haushalt alle Debattenredner – auch der Finanzminister und im weiteren Verlauf auch die Ministerpräsidentin unseres Landes – auf die Haushaltsproblematik unseres Landes hingewiesen haben.

In allen Debattenreden wurde thematisiert, dass wir vor notwendigen strukturellen Veränderungen stehen, dass die Personalausgaben den Haushalt erdrücken, dass eine Aufgabenkritik erforderlich sei. Vor diesem Hintergrund habe ich an Sie, Herr Minister, eine Nachfrage. Im Haushalt gibt es hierzu wenige Erkenntnisse. Gibt es denn in Ihrem Hause Überlegungen dazu, im kommenden Jahr zu den Themenbereichen „Aufgabenkritik“ und „strukturelle Veränderungen“ mehr vorzutragen, als das in den vergangenen drei Jahren der Fall war?

Ergänzend dazu: Die dringend notwendige Dienstrechtsreform ist ebenfalls immer wieder thematisiert worden. Auch vor diesem Hintergrund frage ich nach: Gibt es in den nächsten Monaten, Anfang des kommenden Jahres, endlich einen Entwurf der aus unserer Sicht dringend notwendigen Dienstrechtsreform?

Darüber hinaus möchte ich in diesem Zusammenhang wissen: Wie wollen Sie vor dem Hintergrund des allgemeinen Fachkräftemangels, den wir auch in Nordrhein-Westfalen diskutieren, langfristig die Zukunftsfähigkeit des öffentlichen Dienstes und in besonderer Weise natürlich die Zukunftsfähigkeit der Leistungsbereitschaft unserer Polizei sichern?

Zum Abschluss eine Nachfrage an Frau Steinhauer: Sie haben ausgeführt, dass bei den Bezirksregierungen neue Stellen im Bereich „Marktüberwachung“ geschaffen worden seien: Können Sie ausführen, welche Aufgaben die neuen Damen und/oder Herren bei dieser „Marktüberwachung“ erfüllen dürfen oder müssen?

Gregor Golland (CDU): Ich habe heute wieder etwas gelernt. Da wurde von „Personalkorridoren“ gesprochen, die „ausgebracht werden“ und von „Personalermächtigungen“, die durchgeführt werden. Das hört sich alles furchtbar ...

(Zuruf von der SPD)

– Wahrscheinlich, ja. Ich finde die Sprache trotzdem ein wenig merkwürdig; aber das sei einmal dahingestellt. Ansonsten hat es sich ein wenig angehört wie das Märchenbuch der guten Taten. Es ist ja auch wirklich einfach, als Behörde Stellen einzurichten, von denen jede einzelne den Steuerzahler auf die Lebenszeit der Beamten oder der öffentlich Bediensteten Millionen kosten.

Das ist ja nicht das Geld, das man selber erwirtschaften muss, sondern das machen ja die Bürger draußen, die Steuerzahler. Die können dafür aufkommen. Dann werden wieder Dinge entwickelt und erfunden – zum Beispiel die Marktüberwachung –, die dann plötzlich ganz wichtig sind und zu neuen Stellen führen. So etwas ist dann ein Thema bei der Einbringung des Haushaltes.

Kein Thema ist jedoch die Frage, wie wir strukturell sparen wollen. Wie wollen wir den demografischen Herausforderungen begegnen? Wie wollen wir den finanziellen Herausforderungen begegnen? Wie wollen wir die Schuldenbremse einhalten?

Daher ganz konkret die Frage, auch an den Minister: Wo zeigt sich der Beitrag dieses Haushaltstitels zur Erreichung der Schuldenbremse? Ich kann da nichts erkennen! Da werden keine Schwerpunkte gebildet, sondern da werden gleich mal ein paar neue Stellen geschaffen.

Im Übrigen – und das sei ganz klar gesagt –: Die Erhöhung der Einstellungszahlen bei der Polizei begrüßen wir natürlich auch.

(Zurufe: Oh! – Wirklich? – Gut, dass das nichts kostet!)

Aber das war ja keine Forderung, die aus dem Ministerium heraus in großer Güte entwickelt worden ist, sondern die wir immer schon erhoben haben.

(Lachen von der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen – Zuruf: Jetzt wird es peinlich!)

– Sehen Sie das ruhig so. Am Ende kommt uns das ja allen zugute. Nur: Die Herleitung und die Begründung sind schon etwas an den Haaren herbeigezogen. Das muss an dieser Stelle einmal gesagt werden.

Wichtig ist jedenfalls: Der Beitrag dieses Haushaltstitels zur Schuldenbremse wird nicht klar; strukturelle Veränderungen werden nicht vorgenommen. Da hätte ich gerne ein paar Antworten.

(Zuruf von den GRÜNEN: Haben Sie denn einen Vorschlag?)

Ich bin mir sicher, dass wir noch lange hierüber diskutieren könnten, aber ich bin gespannt, was der Minister dazu zu sagen hat.

Thomas Stotko (SPD): Herr Dr. Orth, ich muss mit Ihnen anfangen, bevor ich inhaltlich auf den Haushaltsplan eingehe. In der letzten Ausschusssitzung gab es mit Ihnen schon die Diskussion darüber, dass Sie sich in persönlichen Anfeindungen gegenüber der Exekutive und dem Minister in Person ergötzen, anstatt dass Sie auf Inhalte eingehen.

Dass die Anhörung vorhin für Sie nicht gut verlaufen ist, mag ja sein. Aber das muss doch Ihr Benehmen nicht derart prägen. Es fand eine Anhörung statt, die ist beendet, und danach gab es eine fünfminütige Pause. Vermutlich wird in der Pause das Ministerium informiert: Die Anhörung ist vorbei, macht euch auf den Weg hierher. – Daraus jetzt abzuleiten, der Minister habe kein Interesse, sich in den Ausschuss zu begeben, und dann noch den Antrag stellen zu wollen, den Tagesordnungspunkt abzusetzen und den Minister herbeizuzitieren – also, ich finde das langsam peinlich, das muss ich Ihnen sagen!

Ich weiß auch gar nicht, was das soll. Auch aus meiner Oppositionszeit kann ich mich nicht daran erinnern, Herr Dr. Orth, dass wir solche Spielchen gemacht hätten.

(Widerspruch von CDU und FDP)

– Das Dazwischenschreien hilft nichts. – Warum Sie das so befriedigt, weiß ich nicht. Sie können das ja gerne an sich selber abfeiern. Ich will Ihnen nur sagen: Der Minister ist jetzt da.

Herr Kollege Kruse, dass Sie dem Kollegen Orth in dieser Frage beitreten, erstaunt mich dann ja doch. Bei der Frage, ob jetzt der Minister die Zahlen vorliest oder die Fachfrau aus dem Ministerium – das macht doch erst mal keinen Unterschied. Die Einbringung eines Haushalts obliegt der Regierung, und da kann der Minister vorher fünf Sätze dazu sagen oder 500.

Ich erlebe das Vorgehen in den Ausschüssen übrigens sehr unterschiedlich, und zwar schon immer. Sie haben das seit 2000 erlebt, ich seit 2005: Der eine Minister macht es kurz und knapp, verweist auf die Auszüge und sagt: Stellt doch lieber Fragen. – Der andere Minister hält einen einstündigen Vortrag, bei dem die Hälfte der Abgeordneten nach 45 Minuten eingeschlafen ist.

Das ist doch alles völlig gleich. Es geht doch darum, dass man sich mit dem Haushalt auseinandersetzt. Und da fehlt mir bei Ihnen beiden einfach – bei den Piraten ist es ja vielleicht noch etwas anderes; das wird sich noch zeigen –, dass Sie auch mal irgendwelche klugen Ideen haben.

Herr Golland, Sie sagen, es sei nicht nur unterstützenswert, sondern sogar Ihre Idee gewesen, dass wir die Zahl der Anwärter auf 1.500 anheben. Dazu habe ich von Ihnen nie etwas gehört. In Ihrer Regierungszeit – das war vor Ihrer persönlichen Zeit hier – gab es nur 1.100 Stellen, und es war Ihnen egal, wie viele von den 1.100 Anwärtern letztlich den Polizeidienst aufnehmen würden.

(Widerspruch von der CDU)

Wir haben die Zahl sofort auf 1.400 angehoben und haben dann festgestellt: Wir wollen auch noch dem Fakt Rechnung tragen, dass zwar 1.400 Anwärter anfangen, aber nicht alle die Ausbildung beenden. Dies in einer Zeit zu machen, in der wir zwar über strukturelle Ausgabenverringerungen reden, wir aber hier im Innenhaushalt diese Investitionen in die Sicherheit der Menschen in unserem Land tätigen, das finde ich enorm wichtig.

Das ist wichtig, nicht nur, weil es allen zugute kommt, sondern weil es auch ein Signal an alle Menschen in Nordrhein-Westfalen ist, dass man in Teilbereichen strukturell sparen muss, dies aber nicht auf Kosten der Sicherheit getan werden darf. Dafür gibt es doch keinen besseren Hinweis als diesen.

Sie können das doch auch auf andere Bereiche übertragen. Damit will ich mich jetzt einmal dem Haushalt zuwenden – Sie wollen ja keine Aussprache, Herr Dr. Orth, weil Ihnen dazu nichts ausfällt. – Endlich wird der Digitalfunk umgesetzt. Auch das will ich Ihnen gerne sagen: In Ihrer Zeit wurde der Digitalfunk nicht umgesetzt. Wir waren das einzige europäische Land, in dem es keinen Digitalfunk gab. In unserer Regierungszeit wird das nun endlich umgesetzt. Diese Gelder sind etatisiert.

Oder nehmen wir das Kapitel „Feuerschutz und Hilfeleistung“. Sie haben in Ihrer Regierungszeit den Kommunen das Geld immer gerne weggenommen. Wir zahlen die

35 Millionen € weiterhin vollständig aus, um die Kommunen in dieser Arbeit zu unterstützen, auch in diesen schwierigen finanziellen Zeiten.

Wir können gerne einmal darüber reden – das hat eine enorme Bedeutung! –, dass wir im Asylkapitel völlig unabhängig von unserer nordrhein-westfälischen Politik eine Steigerung von 70 Millionen € verarbeiten müssen. Das muss man sich einmal vorstellen! Wir diskutieren hier manchmal über 50.000 € für irgendeine sozialpräventive Einrichtung, die wir nicht bewilligen können, weil uns das Geld fehlt. Aber hier müssen wir auf einen Schlag 70 Millionen € aufbringen – wie ich finde, zu Recht – für die Menschen, die aus dem Elend ihres Bürgerkriegs fliehen. Das muss man doch auch einmal anerkennen, dass wir diese 70 Millionen € in unserem Einzelplan 03 aufwenden. Zu diesem Punkt höre ich überhaupt nichts von Ihnen.

Es verdient übrigens meine höchste Anerkennung, dass sich der Minister auch die Erneuerung unseres Sachbestandes auf die Fahne schreibt. Er hat es geschafft, in Diskussionen mit dem Finanzminister die erste Rate für die Polizeihubschrauber einzustellen. Man kann sicherlich darüber debattieren, ob man das für notwendig erachtet oder nicht. Ein Teil von uns war ja bei der Festveranstaltung der Fliegerstaffeln dabei. Wenn Sie sich dort genau umgeschaut haben, dann wissen Sie, warum es klug ist, dieses Geld jetzt zu investieren. Von Ihnen höre ich jedoch immer nur, es müsse ein struktureller Beitrag zu einer Minimierung kommen. Sie selber stellen ja gar keine Haushaltsanträge!

(Theo Kruse [CDU]: Heute war ja erst mal die Einbringung!)

– Ja, aber Sie haben doch mit dem Thema angefangen, Herr Kruse. Wer immer nur fordert: „Wir erwarten mehr Hinweise zur Einsparung“, der muss sich an die eigene Nase fassen – vor allem als ehemalige Regierungsfraktion – und sagen, wo denn diese Einsparvolumina gesehen werden. Sie haben sie ja noch nicht einmal bei der Tarifanpassung gesehen, um es einmal so deutlich zu sagen.

Deshalb will ich nur klarmachen: Ich halte diesen Haushalt, so wie er hier ordnungsgemäß durch das Ministerium und durch den Minister eingebracht worden ist, für einen Wegweiser in dieser schwierigen Zeit. Er zeigt den Bürgerinnen und Bürger, dass an der Sicherheit in Nordrhein-Westfalen nicht gespart wird. Ich freue mich auf die weitere Debatte.

(Frank Herrmann [PIRATEN]: Das bezweifle ich!)

Monika Düker (GRÜNE): Ich bin auch ein wenig enttäuscht von dem Wenigen, was hier von der Opposition kommt, denn ich denke schon, dass in einer Demokratie die Opposition in der Verantwortung ist, die Regierung zu fordern und zu kritisieren. Dann möge sie aber bitte auch Konzepte auf den Tisch legen, wie sie es denn besser machen würde. Jedenfalls war das in den fünf Jahren, in denen ich hier in der Opposition war, immer der Anspruch meiner Fraktion. Davon kommt bei Ihnen nichts.

Schaut man auf Ihre fünf Jahre Regierungszeit, dann sieht man, dass zwei Dinge nicht gemacht worden sind: Zum einen wurde keine vernünftige Strukturdebatte im Bereich der Polizei geführt. Es wurde lediglich etwas zum POG gemacht.

(Werner Lohn [CDU]: Was machen Sie denn?)

– Das sage ich Ihnen gleich, Herr Lohn, das kommt noch. – Es wurde hier mal ein Stückchen weggenommen und dort mal ein Stückchen. Die größte Polizeibehörde in Köln wurde noch größer. Dann hat man ein paar Türschilder ausgewechselt und ziemlich viel Chaos angerichtet. Letztendlich hat man die Polizei strukturell nicht vernünftig aufgestellt.

Zum anderen war Ihre Personalplanung chaotisch. Sie sprechen zu Recht die Demografie an. Wir wissen, dass wir sehr starke Pensionsjahrgänge erwarten; die kommen erst noch. Mit Blick darauf haben Sie eben keine entsprechende Vorsorge betrieben. Mit den 1.100 Einstellungsermächtigungen für die Polizei – davor waren es sogar noch weniger – haben Sie damals eine ganz große Lücke gerissen. Nachdem Sie uns dieses Chaos 2010 hinterlassen haben, jetzt zu erwarten, dass mal eben mit einem Handschlag alles das aufgeholt werden kann, was Sie versäumt haben, ist etwas vermessen und auch etwas billig.

Ich nenne Ihnen zwei Ansatzpunkte, die wichtig sind und an denen wir weiterarbeiten:

Erstens. Wir haben die Einstellungsermächtigung erhöht – der Kollege Stotko hat es gesagt –; das ist in Zeiten von Schuldenbremse und Defiziten ein Kraftakt, das wissen Sie auch. Diese Kraft haben Sie nicht gehabt. Wir haben diese Einstellungsermächtigung jetzt auf 1.500 erhöht, um Vorsorge zu treffen für die starken Pensionsjahrgänge, die erst noch kommen.

Das ist das eine; aber das wird nicht reichen. Man muss ehrlicherweise sagen, dass diese Maßnahme den Bestand der Polizei nicht gewährleisten kann. Das wird schon rein rechnerisch nicht funktionieren. Wir alle kennen den Bericht über die Altersentwicklung, den Ingo Wolf damals in der Schublade hat verschimmeln lassen. Den legen wir jetzt auf den Tisch und stellen uns den Problemen. In diesem Bericht steht, dass wir auch mit dieser Einstellungsermächtigung in ein Minus gelangen werden. Das ist so, und das muss man offen ansprechen.

Zweitens. Wir müssen uns in der Polizei die Strukturen genau anschauen, auch wenn das unbequeme Debatten werden. Das steht im Übrigen so auch im Koalitionsvertrag. Solche Sätze waren bei Ihnen ja tabu. Aber in unserem Koalitionsvertrag steht explizit, dass es ein kontinuierlicher Prozess sein muss, einen Blick auf Effizienz und Abläufe zu haben.

(Zuruf von der CDU: Man hört nur nichts davon!)

Herr Kruse, Sie wissen ganz genau, dass wir uns davor nicht drücken dürfen. Sie haben jahrelang an dieser Baustelle nichts gemacht. Das Wenige, was Sie getan haben, hat eine Verschlimmbesserung hervorgerufen.

Das einzig Richtige – das gebe ich im Nachhinein ganz offen zu – war, dass die Frage der Autobahnpolizei richtig gelöst wurde. Sie ist aus den Bezirksregierungen herausgelöst worden und wurde dann auf die Polizeipräsidien verteilt. Der Rest ist zu meist Murks.

Deswegen werden wir diese Debatte mit den Gewerkschaften und mit den Beschäftigten der Polizei führen müssen. Angesichts der Lage, wie ich sie skizziert habe – und man muss den Realitäten ins Auge schauen –, kann man das nicht einfach verdrängen. Das bringt uns doch alle nicht weiter. Es gilt, genau zu prüfen, ob wir uns diese Struktur – den äußeren Aufbau und die inneren Abläufe, so wie sie jetzt bestehen – für die Zukunft noch werden leisten können.

Mehr Personal können wir jetzt nicht ausbilden. Wir müssen in die Strukturdebatte eintreten. Das werden, wie gesagt, unbequeme Debatten. Für meine Fraktion kann ich sagen, dass wir uns dem stellen und auch einen offenen Prozess befürworten, damit die Polizei auch in der Zukunft gut aufgestellt ist.

Dr. Robert Orth (FDP): Ich bleibe dabei: Da der Minister hier nichts Inhaltliches beigetragen hat, will ich mich damit auch nicht auseinandersetzen. – Ich möchte aber auf die Punkte inhaltlicher Natur eingehen, die segensreicherweise wenigstens von SPD und Grünen vorgebracht wurden. Damit kann man sich ja auseinandersetzen, auch wenn ich anderer Meinung bin.

Die Frage nach den Strukturen in der Zukunft gehört natürlich hierher. Frau Düker, man kann doch wohl nicht ernsthaft erwarten, dass zehn Jahre, bevor eine Lücke bei der Polizei entsteht, schon Personal dafür ausgebildet wird, quasi on top zu den Leuten, die schon bei der Polizei beschäftigt sind.

Von 2005 bis 2010 haben wir regiert, und die Lücke entsteht 2017 bis 2020. Das sind nach meiner Rechnung zehn Jahre. Die hätten Sie auch nicht auf Vorrat aufgefüllt, sonst hätten Sie auch schon im Vorfeld mehr Leute ausgebildet. Wir haben damals die Zahl der Einstellungen deutlich erhöht, und Sie haben dies fortgesetzt. Das ist der richtige Weg. Sie haben aber noch nicht genügend Ermächtigungen geschaffen.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

– Nein, es war damals deckend. Heute haben Sie das Problem, dass Sie in ein paar Jahren ins Defizit geraten. Dafür müssen Sie jetzt Sorge tragen. Das hat mit Herrn Wolf reinweg gar nichts zu tun.

Werner Lohn (CDU): In aller Kürze: In der Tagesordnung steht: Einbringung des Haushaltes durch den Minister. Davon haben wir relativ wenig gehört; da kann ich mich den Aussagen meines Vorredners nur anschließen.

Meine Frage ganz konkret: Herr Minister, wo sehen Sie denn die politischen Schwerpunkte in Ihrem Einzelplan 03? Welche Ziele wollen Sie erreichen, die über das hinausgehen, was Sie nach dem Motto „Weiter so wie immer“ bislang vorgeführt haben?

Zur Frage nach der Vergangenheit. Frau Düker, es hilft keinem weiter, wenn wir immer wieder über Vergangenes diskutieren. Trotzdem noch einmal: Sie betreiben hier Geschichtsklitterung. Während Ihrer Regierungszeit bis Anfang 2005 wurden jährlich sage und schreibe 480 Polizeianwärter ausgebildet. Damals gingen auch schon 1.000 Beamte in Pension, und Sie haben nichts unternommen.

Wir haben zwei Jahre gebraucht, um die Einstellungszahlen auf 1.100 zu erhöhen. Das war mehr als eine Verdoppelung, ein riesiger Kraftakt, der mit Sicherheit so groß war – wenn nicht noch größer – wie der jetzige mit der Erhöhung auf 1.400 oder 1.500.

Die Tatsache, dass wir heute in der Lage sind, 1.400 oder 1.500 Polizistinnen und Polizisten auszubilden, ist nur dem Umstand geschuldet, dass das FDP- Innenministerium und die schwarz-gelbe Regierung damals Millionenbeträge in die Ausbildungsstätten investiert haben. Sie wollten die Ausbildungsorte bei der Polizei schließen! Sie haben sie teilweise sogar geschlossen. Wenn wir so weitergemacht hätten wie Sie, wären wir heute gar nicht in der Lage, überhaupt 1.400 oder 1.500 Anwärter auszubilden.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das ist doch Quatsch!)

– Das ist überhaupt nicht Quatsch. Sie müssen sich auch einmal mit den Fakten befassen und nicht nur einfach etwas erzählen, was mit der Realität überhaupt nichts zu tun hat.

Dankbarerweise sind Herr Stotko und Sie jetzt auf einige politische Kernfragen eingegangen. Mir geht es zum Beispiel um die Frage: Wie können wir diesen erhöhten Personalbedarf bei der Polizei finanzieren und gleichzeitig den Gedanken der Schuldenbremse nicht aus den Augen verlieren? Zu all dem hört man vom Minister nichts. Das ist eine politische Aussage, die politische Bewertung einer Haushaltspolitik.

Zum bloßen Ablesen von Zahlen aus dem Erläuterungsband des Einzelplans 03 kommen wir nicht hierher. Das können wir alles selbst machen, das haben wir zu Hause hoffentlich alle bereits getan. Deshalb würde ich jetzt den Minister bitten, dass er die Gelegenheit nutzt, uns hier eine umfassende politische Bedeutung des Einzelplans 03 darzubieten. Dann können wir auch gezielte Nachfragen stellen. Was bisher vom Ministerium gekommen ist, ist einer Haushaltsberatung, so wie ich sie bisher kennengelernt habe, eigentlich nicht würdig.

Theo Kruse (CDU): Bevor der Minister Jäger das Wort ergreift, Frau Düker, möchte ich Ihnen ins Gedächtnis rufen, dass Herr Minister Jäger ein Jahr, nachdem er die Verantwortung für all die Bereiche, die wir gerade diskutiert haben, übernommen hat, auf eine Kleine Anfrage von mir geantwortet hat. Darin hat er gesagt: Der von der Vorgängerregierung begonnene Prozess der Strukturveränderungen wird nicht fortgesetzt.

So einfach war es. Ich habe das Papier jetzt leider nicht dabei, aber das war die Antwort. Deswegen können Sie heute nicht herkommen und sagen, bei uns sei nichts passiert. Wir sind vieles angegangen und haben vieles angepackt. Die Antwort lautete so, wie ich sie gerade beschrieben habe. Von daher ist das, was Sie ausgeführt haben, schlichtweg falsch.

Minister Ralf Jäger (MIK): Ich bitte zunächst, mein Zuspätkommen zu entschuldigen; ich bin aus meinem Büro losgelaufen, als mich die Nachricht erreicht hat, dass die Anhörung abgeschlossen ist. Für die Zukunft möchte ich den Ausschuss bitten,

die Lücke zwischen Anhörung und Ausschussbeginn so zu gestalten, dass man bei normalem Gehtempo pünktlich zu einer Ausschusssitzung anwesend sein kann.

Ich möchte auf die eine oder andere Frage, die hier gestellt worden ist, noch einmal ergänzend eingehen.

Herr Kruse, Sie haben nach der Dienstrechtsreform gefragt, die ja nun kein originärer Bestandteil der Haushaltseinbringung ist. Ich will Ihnen gleichwohl Auskunft darüber erteilen, welchen Zustand wir innerhalb des Prozesses erreicht haben. Sie wissen, dass die Notwendigkeit besteht, im Rahmen des Dienstrechtes eine ganze Reihe von Anpassungen vornehmen zu müssen, schon weil es hierzu entsprechende höchstrichterliche Rechtsprechung gibt. Das haben wir bereits umgesetzt. Ich will es einmal so sagen: Die erste Stufe der Dienstrechtsreform, in der wir die Anpassungen gemäß der höchstrichterlichen Rechtsprechung vollzogen haben, ist bereit abgeschlossen.

Außerdem haben wir ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes hinsichtlich der Laufbahnverordnung im Saarland zur Kenntnis nehmen müssen. Dadurch dass wir in Nordrhein-Westfalen eine ähnliche Laufbahnverordnung haben wie das Saarland, müssen wir dieses Urteil respektieren und werden die Laufbahnverordnung ändern müssen; auch das ist ein Bestandteil der Dienstrechtsreform.

Das muss auch relativ zeitnah geschehen, weil sonst rechtssichere Beförderungen ab dem 1. Januar 2014 nur noch schwierig möglich sein würden. Aus diesem Grunde werden wir die Veränderung der Laufbahnverordnung noch in diesem Jahr dem Ausschuss zur Kenntnis geben.

Darüber hinaus sind wir in umfangreiche Gesprächen sowohl auf Arbeitsebene als auch mit den Spitzen der Gewerkschaften eingetreten, um weitere Veränderungen der Dienstrechtsreform zu diskutieren. Unser Ziel dabei ist, möglichst umfassend die Interessenlagen sowohl der Kommunen als auch der Arbeitgeber, der Landesregierung sowie der Gewerkschaftsspitzen miteinander erörtert zu haben, bevor wir einen Referentenentwurf auf den Tisch legen, um möglichst breite Teile im Konsens vorlegen zu können. Da sind wir auf einem guten Weg. Gleichwohl ist das ein Prozess, der sehr viel Zeit in Anspruch nimmt. Da bitte ich Sie noch um ein wenig Geduld.

Herr Kruse, Sie haben nach Aufgabenkritik gefragt, wie schon im letzten Jahr. Ich antworte darauf, wie auch schon im letzten Jahr: Eine Aufgabenkritik muss in der heutigen Zeit immer ein dauerhafter Prozess sein. Ich will es am Beispiel der Bezirksregierung klarmachen. Wir stehen in ständigen Gesprächen mit den Regierungspräsidenten und den Regierungsvizepräsidenten, wie wir angesichts der demografischen Entwicklung im Personalbereich die zu erledigenden Aufgaben bei den Bezirksregierungen so optimieren, dass wir auch zukünftig leistungsfähige und in der Dichte handlungsfähige Bezirksregierungen haben werden.

Sie werden auch feststellen, Herr Kruse, dass in diesen Haushalt 21 Millionen € zusätzlich zur Finanzierung der Strukturreform der Vorgängerlandesregierung in Bezug auf Versorgungsverwaltung und Umweltverwaltung eingearbeitet worden sind. Wir müssen ja das Urteil des Verfassungsgerichtshofes umsetzen. Faktisch sind die Türschilder an den Behörden ausgewechselt worden, die Aufgaben sind den Kommunen übertragen worden, aber die zur Verfügung gestellten Finanzmittel waren nachweis-

lich – verfassungswidrig – nicht ausreichend, sodass 21 Millionen € zusätzlich zu verarbeiten sind.

Herr Golland, ich glaube, Sie unterliegen einem Irrtum. Wir haben nicht von „Personalermächtigungen“ gesprochen, sondern von „Einstellungsermächtigungen“. Dieser Terminus bezieht sich insbesondere auf die Polizei, auf die ich gleich noch einmal im Besonderen eingehen will. Es geht darum, dass hier nicht zusätzliche Haushaltsmittel innerhalb des Haushalts veranschlagt sind, sondern lediglich, dass wir technisch in der Lage sind, zu einem bestimmten Zeitpunkt mehr Köpfe einstellen zu können, dies aber mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln werden finanzieren müssen.

Das geht aber auch ohne größere Einschnitte. Frau Steinhauer hat zu Recht beschrieben, wie der Prozess nach der Einstellung abläuft. Auf dem Weg hin bis zum Abschluss des Bachelorstudiums gehen uns Kommisaranwärter und -anwärterinnen aus unterschiedlichsten Gründen verloren – so will ich es einmal nennen –; bis dahin, dass eine Prüfung nicht bestanden wird oder dass sich die Anwärterinnen und Anwärter aus persönlichen oder familiären Gründen entscheiden, dem Beruf doch nicht nachzugehen. Diese Einstellungsermächtigung werden wir ohne zusätzlichen finanziellen Aufwuchs bewerkstelligen können. Keine Angst, da werden keine zusätzlichen Gelder unserer Kinder und Enkelkinder verausgabt.

Grundsätzlich leistet auch dieser Einzelplan einen Beitrag zur Schuldenbremse, gleichwohl geringer, als das bei anderen Ressorts der Fall ist. Das hat auch damit zu tun, dass wir innerhalb des Koalitionsvertrages mit den regierungstragenden Fraktionen übereinstimmend zu dem Urteil gekommen sind, dass der Bereich „Innere Sicherheit“ einen besonderen Stellenwert haben muss und dass dazu entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt werden. Gleichwohl leisten auch wir einen Beitrag, beispielsweise dadurch, dass in unserem personalträchtigen Einzelplan die Tarifsteigerungen eben nicht in vollständiger Art und Weise an die Beamten weitergegeben worden sind.

Ich möchte gerne noch einiges zur Frage ausführen, die Sie auch gestellt haben, Herr Kruse: Wie ist es um die Zukunftsfähigkeit der Polizei bestellt? – In der Tat haben wir es mit einer demografischen Entwicklung zu tun, die sich nicht wesentlich von anderen Bereichen der Landesverwaltung unterscheidet oder von großen Unternehmen im Rahmen der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung. Wir werden uns damit auseinandersetzen haben, dass wir trotz extremer Anstrengung bei der Einstellung von Anwärterinnen und Anwärtern in absehbarer Zeit die durch Pensionierungen entstehende demografische Lücke nicht vollständig werden füllen können.

Was das für mich bedeutet, habe ich auch bereits mehrfach vorgetragen, und ich will es gerne noch einmal erläutern. Es ist auch übrigens nachlesbar im Koalitionsvertrag. Das bedeutet für mich, dass wir im Rahmen einer Organisationsuntersuchung und Organisationsoptimierung innerhalb der Polizei dafür Sorge tragen müssen, die Stellen, die dann nicht mehr besetzbar sind, so zu komprimieren oder zu optimieren, dass wir die Kernbereiche der polizeilichen Arbeit nicht antasten müssen.

Das heißt für mich, dass der Wach- und Wechseldienst, so wie er derzeit existiert, nach Möglichkeit aufrechterhalten werden sollte, dass die Kommissariate in den Polizeibehörden nach Möglichkeit in dem Umfang und der Personalintensität aufrechterhalten werden sollen, dass wir innerhalb der Struktur der Polizei – im Hinblick auf Support oder Dienstleistungen innerhalb der Polizei – sehr genau schauen müssen, wo wir diese Ressourcen erwirtschaften können. Eine Alternative dazu besteht nicht. Diesen Prozess müssen wir angehen.

Da freue ich mich auf die Diskussion. So, wie ich Sie jetzt verstanden habe, Herr Kruse, sind Sie ja nicht nur überzeugt, dass dazu eine Notwendigkeit vorhanden ist, sondern Sie werden dies auch in bekannter Weise konstruktiv begleiten.

Was die Frage der Einstellungen und der Einstellungsermächtigungen angeht: Ich bitte Sie, hier von einer gewissen Geschichtsklitterung abzusehen. Mein Vorgänger Fritz Behrens hat im Jahre 2003 eine Altersuntersuchung für die nordrhein-westfälische Polizei in Auftrag gegeben. Dieser Bericht lag 2005 vor. 2005 war jedem klar, auf welche demografische Lücke die Polizei zusteuert, welche Ausbildungskapazitäten innerhalb der nordrhein-westfälischen Polizei zur Verfügung stehen und welche Einstellungszahlen notwendig sind, um diese demografische Lücke zu füllen. Die dafür notwendigen Anstrengungen sind allerdings nicht unternommen worden. In den Jahren 2005 bis 2010 ist eine schwarz-gelbe Lücke entstanden, in der man vorhandene Ausbildungskapazitäten in der Größenordnung von 2.500 Stellen nicht genutzt hat.

(Monika Düker [GRÜNE]: So ist es!)

Das ist so. Daran gibt es auch nichts herumzudeuteln und zu interpretieren.

(Zuruf von Werner Lohn [CDU])

Wären die gleichen Anstrengungen unternommen worden, hätten wir zurzeit 2.500 Beamte mehr und wären in der Lage, die demografischen Einschnitte 2017 abzuwehren; um es einmal so zu formulieren.

(Zuruf von Werner Lohn [CDU] – Gegenruf von Monika Düker [GRÜNE] – Weitere Zurufe)

– Darf ich noch weitermachen? – Es wäre übrigens völlig kontraproduktiv gewesen, Herr Kruse – das muss ich noch einmal in Ihre Richtung sagen –, wenn wir Ihren Vorschlägen gefolgt wären. Ihre Vorschläge lauteten: Polizeiverwaltungsassistenten einstellen

(Werner Lohn [CDU]: Die lauten immer noch so!)

und gleichzeitig 2.000 Stellen bei der Polizei abbauen.

(Werner Lohn [CDU]: Das haben wir nicht gesagt!)

– Doch, Herr Lohn, Sie wollten im Zuge der Schuldenbremse 50 Millionen € über den Abbau von 2.000 Stellen erwirtschaften. Das ist von Ihnen verschriftlicht worden.

(Werner Lohn [CDU]: Sie werfen etwas durcheinander! 2.000 Stellen wollten die Grünen einsparen! – Zurufe von Bündnis 90/Die Grünen)

– Nein, Herr Lohn, es ist verschriftlicht worden, ich habe Ihnen das schon einmal gezeigt. Das ist eine Broschüre der CDU-Landtagsfraktion, in der sie darstellt, wie sie die Schuldenbremse einhalten will.

(Zuruf von der SPD: Die ist sogar laminiert!)

Daran gibt es nichts zu deuteln. – Ich glaube aber, dass wir diesen Teil – auch Ihre Geschichte – einfach hinter uns lassen sollten, genauso wie wir die Frage hinter uns lassen sollten, ob denn ausreichende Anstrengungen unternommen worden sind, der demografischen Entwicklung in ausreichendem Maße zu begegnen.

Statt dessen sollten wir jetzt nach vorne blicken und überlegen, wie wir den Prozess der Optimierung der Polizei so gestaltet bekommen, dass die Bürgerinnen und Bürger wissen: Wir tun alles für die Sicherheit auf der Straße und erwirtschaften entsprechende Stellenressourcen. Wenn sie trotz aller Bemühungen auch in Zukunft nicht vollständig zu füllen sein werden, müssen wir genau prüfen, welche Bereiche bei der Polizei mit dem unmittelbaren Kernbereich polizeilichen Handelns weniger zu tun haben.

Das ist eine unglaubliche Herausforderung. Dieser Prozess hat in meinem Hause bereits begonnen. Wir führen Diskussionen hierzu und werden zu einem passenden Zeitpunkt entsprechende Vorschläge unterbreiten.

MDgt Wolfgang Düren (MIK): Ich möchte gerne einige Beispiele nennen, welche Kraftanstrengungen wir unternehmen, um die Effizienz bei der Polizei zu steigern, auch aus diesem Haushalt heraus.

In diesem Haushalt sind keine Mehrungen für Sachmittel in der Polizei vorgesehen. Nichtsdestotrotz betreiben wir vier Großprojekte in den Bereichen IT und IT-Strategie, die uns in den nächsten vier Jahren massiv binden werden. Ich will sie kurz nennen und erläutern, was sich dahinter verbirgt.

In einem ersten Großprojekt werden wir das polizeiliche Informationsnetz, das CNPOL, ausbauen müssen, weil in Zukunft mehr Daten schneller transportiert werden müssen. Das ist jedem klar, der einen Internetanschluss zu Hause hat. Das gilt natürlich auch für die Polizei. Hierin müssen wir investieren.

Das polizeiliche Intranet muss eine moderne Windows-Infrastruktur erhalten. Bis heute haben wir bei der Polizei landeseinheitlich die Basis von Windows XP. Sie alle wissen, dass das ein bisschen veraltet ist. Wir arbeiten noch auf der Basis eines einheitlichen Office-Paketes auf dem Stand von um 2003. Das muss natürlich erneuert werden; das gilt auch für die Server-Infrastruktur.

Ich nenne ein Beispiel: Im Rahmen des Projekts MoWIN werden demnächst 2.500 Server der Polizei ersetzt; zugleich wird die Gesamtzahl der Server reduziert. Dafür müssen wir Geld in die Hand nehmen. Das schaffen wir aus den Haushaltsmitteln, die Sie uns in diesem Haus zur Verfügung stellen werden, so Gott will. Dafür brauchen wir keine Mehrung.

Warum tun wir das? Wir tun das, damit wir diese reduzierten Serverzahlen in Zukunft zentral administrieren können, damit wir in den Kreispolizeibehörden die Administra-

toren einsparen können. Diese Stellen wollen wir in Zukunft in die operative Polizeiarbeit stecken.

Dieses Projekt MoWIn, verbunden mit einer Aufrüstung von CNPOL, ist hochkomplex, hochanspruchsvoll und wird uns vier Jahre binden. Es ist aber dringend erforderlich, um in Zukunft mehr Stellen in den Kreispolizeibehörden einzusparen, die wir dann operativ zur Verfügung stellen können. Das wollen wir, wie gesagt, ohne zusätzliche Mittel erreichen. Ich hoffe, dass das klappt und dass ich nicht in zwei Jahren bei Ihnen um Verstärkung nachkommen muss. Ich bin jedoch optimistisch.

Ein weiteres Projekt ist EPOS.NRW. Schon die alte Landesregierung unter CDU und FDP hatte beschlossen, einen einheitlichen produktorientierten Haushalt aufzustellen, eine Doppik. Dieser wird derzeit im Bereich der Polizei umgesetzt. Das hat zur Folge, dass wir sämtliche Logistikprozesse der Polizei auf einer SAP-Software mit einer einheitlichen Softwarefamilie zentralisieren wollen.

Das bedeutet einen erheblichen Aufwand, es steckt auch viel Geld dahinter. Diese Maßnahme wird aber zur Folge haben, dass wir demnächst sämtliche Rechnungen nur noch von einer Stelle im Lande aus bezahlen werden müssen. Die Rechnungen müssen dann nicht mehr in den Kreispolizeibehörden bezahlt werden; sie können zentral von einer Stelle aus beglichen werden. Damit wollen wir letztlich zu Personaleinsparungen im Bereich der Logistik kommen.

Das bedeutet über etliche Jahre hinweg riesige Kraftakte. Das nehmen wir auf uns, und zwar mit dem Ziel, hinterher wieder operatives Personal für die Kernaufgaben der Polizei bereitzustellen.

Ich möchte noch ein letztes Projekt erwähnen, das für die polizeiliche Arbeit auch sehr wichtig ist. Wir haben ein integriertes Vorgangsbearbeitungssystem, einen einheitlichen Datenverbund, wo jeder Verkehrsunfall, jeder Fall von häuslicher Gewalt, jede Strafanzeige, jedes Ereignis vom Streifendienst eingegeben wird. Diese Vorgangsbearbeitung wird nun ersetzt durch eine moderne Vorgangsbearbeitung, die sehr anspruchsvoll ist.

Wir müssen dafür sorgen, dass in der Implementierungsphase das alte System weiterläuft. Wir müssen das neue System erst einmal ans Laufen bringen. In dieser Zeit muss am alten System weitergearbeitet werden. Das alles muss in sämtlichen Behörden gleichförmig erreicht werden. Auch das ist ein Kraftakt mit der Zielsetzung, die Polizei zukünftig mit einem modernen Vorgangsbearbeitungssystem auszustatten. Dieses System soll mehr Schnittstellen haben; das bedeutet, alle Statistiken werden sozusagen Abfallprodukte dieser Vorgangsbearbeitung. Damit wollen wir in Zukunft weniger Personal für die Statistik und Statistikpfleger einsetzen.

Das sind erhebliche Anstrengungen, die wir hier unternehmen. Wenn diese Projekte demnächst weitere Fortschritte gemacht haben, sind wir gerne bereit, Ihnen eine Vorlage über die IT-Strategie der Polizei zu erstellen. Dann können Sie sich ein plakatives Bild von der Zukunftsfähigkeit der Polizei machen.

Hans-Willi Körfges (SPD): Ich will nur kurz auf zwei Aspekte eingehen. Zum einen begrüße ich ganz ausdrücklich, dass die Kommunen im Hinblick auf Asyl und die

Flüchtlingsaufnahme durch das Land zusätzliche Entlastungen erfahren. Da habe ich noch eine Detailfrage. Weil ja die Flüchtlingsströme sehr unterschiedlich verteilt sind, frage ich mich, wie wir die Mehrausgaben im Landeshaushalt angemessenen verteilen können. Das ist sicherlich von Interesse; denn dieses Problem betrifft nicht alle Kommunen im gleichen Umfang. Ich begrüße ganz ausdrücklich, dass wir den Kommunen zur Seite stehen und für effektive Hilfe sorgen. Diese Hilfe muss allerdings da ankommen, wo es erforderlich ist. Das geht, wie ich finde, nicht nach dem Gießkannenprinzip.

Zum anderen habe ich mich bei dem Punkt „Aufgabenkritik“ zu Wort gemeldet. Es ist richtig, wenn die Opposition sagt: Leute, das muss als laufender Prozess betrachtet werden. – Allerdings wollen die Folgerungen daraus wohlüberlegt sein.

Ich kann Ihnen nur nochmals das abschreckende Beispiel der Stellenkürzungen durch Aufgabenübertragung auf Dritte vor Augen führen. Wenn man eine Aufgabe genauer unter die Lupe nimmt, dann muss man sich überlegen, ob sie wegfallen kann oder ob sie irgendwo anders ohne Qualitätsverlust günstiger erledigt werden kann.

Wenn man nämlich Personalkosten durch Sachkosten ersetzt, die nachher sogar noch höher sind als die ursprünglichen Personalkosten, dann hat man zwar eine statistische Bereinigung im Bereich der Personalkosten hinbekommen, aber den Landeshaushalt negativ beschädigt.

Das war bei der Kommunalisierung der Umweltverwaltung und auch der Versorgungsverwaltung ganz eindeutig der Fall.

(Theo Kruse [CDU]: So eindeutig war es nicht!)

Das war ein Schuss in den Ofen, darunter leidet der Landeshaushalt nachhaltig. Auch die Kundenzufriedenheit hat hier nicht gerade zugenommen, um es einmal ganz vorsichtig zu sagen.

Die Frage nach den niedrigeren Kosten betrifft ja auch immer die Qualität der Aufgabenerledigung zu einem anderen Preis. Wenn man jedoch etwas schlechter macht und dafür mehr Geld ausgibt und uns das noch als Meisterleistung für eine Verwaltungsstrukturreform immer wieder unter die Nase reiben will – ich finde, das hat irgendwo einen Selbstschusscharakter.

Ich glaube, wir sollten uns hier ernsthaft überlegen, wie man den Prozess der Aufgabenkritik tatsächlich messbar machen kann. Insoweit bedanke ich mich ausdrücklich für den Hinweis auf EPOS: Es ist nach meiner Ansicht absolut sinnvoll, Messmethoden zu objektivieren, nach dem Motto: Was haben wir durch den Einsatz von Mitteln tatsächlich erreicht? Das ist jedenfalls ein richtiger Schritt.

Das ist auch so eine Aufgabe, die fünf Jahre lang liegengeblieben ist. Ich war Mitglied im Unterausschuss des Haushalts- und Finanzausschusses; dort haben wir uns damit beschäftigt. Solange die CDU und die FDP in der Opposition waren, war das ein Spitzenthema. Dann sind sie an die Regierung gekommen, und EPOS ist in der Schublade verschwunden. Fünf Jahre lang haben wir uns nicht damit beschäftigt. Diese Landesregierung geht jetzt hin und tritt in die Phase der Umsetzung ein.

Zur Dienstrechtsreform. Wir hätten als regierungstragende Fraktionen gerne auf den Vorarbeiten der Vorgängerregierung aufgebaut.

(Zuruf von der CDU: Sie sind jetzt drei Jahre an der Regierung! Drei Jahre!)

Der Herr Minister hat dann an einer Stelle einmal sehr plakativ gesagt, was er vorgefunden hat, und da haben Sie nicht widersprechen können.

(Zurufe von der CDU: Doch, doch!)

Das war lediglich ein Aktenordner. Einmal hat es ein einführendes Gespräch des ehemaligen Ministerpräsidenten gegeben, und ansonsten war in diesem Aktenordner „Dienstrechtsreform“ nichts drin, nicht einmal ein guter Wille. Von daher: Lassen Sie uns die Zeit, dieses Projekt vernünftig anzugehen.

(Dr. Robert Orth [FDP]: Wie lange brauchen Sie denn noch?)

Kirstin Korte (CDU): Ganz kurz etwas zu Ihren Ausführungen, Herr Körfges. Ich erlebe dieses Miteinander erst seit einem Jahr. Was mich bewegt, ist die Tatsache, dass die SPD – in welcher Begleitung auch immer – seit 42 Jahren hier in Nordrhein-Westfalen am Werk ist und die CDU fünf Jahre gemeinsam mit der FDP gearbeitet hat.

(Zurufe von der SPD)

Aber diese fünf Jahre müssen verdammt prägend für Sie gewesen sein. Die Debatte hier wird in keiner Weise argumentativ nach vorne getragen. Immer dann, wenn Ihnen offenbar nichts Vernünftiges mehr einfällt, sind Sie nur noch dazu in der Lage, einen Rückblick auf die besagten fünf Jahre zu werfen. Da muss ich Ihnen sagen: Das ist aus meiner Sicht ein wenig zu wenig. Wir sollten versuchen, jetzt wieder nach vorne zu schauen. Dann wäre die Diskussion hier auch ein bisschen schneller beendet. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)